

Zusammenfassung

Missbrauchsstudie zur Ära Bischof Stein benennt Fehler

Trier (KNA) Frühere Verantwortungsträger im Bistum Trier haben sich laut einer Studie im Umgang mit Missbrauchsfällen falsch verhalten. Im Mittelpunkt der am Freitag vorgestellten Untersuchung steht der ehemalige Trierer Bischof Bernhard Stein (1903-1993) und dessen Amtszeit von 1967 bis 1981. Daraus geht hervor, dass Stein beschuldigte Priester in der Regel nachsichtig behandelte, von kirchrechtlichen Strafen absah, Täter versetzte und nicht mit der Staatsanwaltschaft kooperierte. In keinem Fall habe Stein mit Betroffenen gesprochen. Bischof Stephan Ackermann würdigte die Studie und sprach sein Bedauern aus, der Betroffenenverein Missbit forderte Konsequenzen.

Erstellt wurde die Studie von den Historikern Lutz Raphael und Lena Haase von der Universität Trier im Auftrag der Unabhängigen Aufarbeitungskommission im Bistum. Es geht um ein „Hellfeld“ von mindestens 81 Beschuldigten für Steins Amtszeit. Bekannt sind mindestens 305 Betroffene, von denen 200 in Steins Amtszeit missbraucht wurden, wie Haase erläuterte. Zu 17 der Beschuldigten belegen die Akten, dass die Anschuldigungen den damals Verantwortlichen im Bistum bekannt waren. Die anderen wurden erst nach 2010 gemeldet.

Für den Zeitraum von 1946 bis 2021 sind den Forschern 202 Beschuldigte und 544 Betroffene im Bistum bekannt - noch einmal mehr als in dem zuletzt veröffentlichten Zwischenbericht der Kommission. Davon fallen überdurchschnittlich viele in die Ära Stein.

Die Aufarbeitungskommission teilte mit, die Analyse offenbare „ein dem Grunde nach systematisches und planmäßiges, den mutmaßlichen Täter schützendes Vorgehen durch den Führungskreis des Bistums“. Kommissions-Sprecher Gerhard Robbers betonte, selbst die damaligen Normen zum Schutz von Betroffenen seien von Verantwortlichen nicht wirklich genutzt worden. „Über allem stand das Primat des Schutzes der Kirche“, so die Kommission. Sie sieht bei den damaligen Verantwortlichen daher zumindest eine moralische und systemische Mitverantwortung.

Die Ergebnisse basieren demnach auf 494 Akten aus verschiedenen Archiven im Bistum und auf Berichten von Zeit-

zeugen. Stein war laut Bericht mit mindestens 11 Missbrauchstätern befasst. Der frühere Generalvikar Linus Hofmann (1911-1990) mit 14, die Personalchefs Reinhold Schaefer (1901-1988) und Hermann Josef Leininger (91) mit jedem der 17 bekannten Fälle.

Ackermann nannte die Ergebnisse bedrückend. Es schmerze, dass die frühere Bistumsspitze Menschen schwer geschadet habe. Auch distanzierte er sich von dem in der Studie beschriebenen Umgang mit Fällen sexueller Gewalt. Das Bistum arbeite weiter daran, Unrecht aufzuarbeiten, Fälle aufzuklären und Missbrauch zu verhindern. Ex-Personalchef Leininger ließ mitteilen, dass ihm sein damaliges Handeln Leid tue. Er bat Betroffene um Verzeihung.

Der Verein „Missbrauchsoffer und Betroffene im Bistum Trier“ (Missbit) sieht seine ab 2020 veröffentlichten Vorwürfe gegen Stein durch die Studie bestätigt und erklärte: „Durch sein Verhalten konnten Täter sich eingeladen und sicher fühlen.“ Der nach Stein benannte Platz in der Innenstadt müsse endlich umbenannt werden. Gegenstimmen im Stadtrat wären „eine Diffamierung von Betroffenen“. Nach Angaben der Kommission soll der Bischof-Stein-Platz im Februar erneut Thema im Stadtrat sein.

Neben Fallzahlen und dem Umgang von Verantwortlichen mit Betroffenen und Tätern geht der Bericht auch auf den historischen Kontext und damals geltendes kirchliches und staatliches Recht ein. Exemplarisch zum Umgang der Verantwortlichen mit Beschuldigten und Betroffenen werden drei Fälle beschrieben.

Nach Ansicht der Studienautoren sind weitere Forschungen notwendig, unter anderem zu informellen Netzwerken im Bistum und unter Priestern, zur Zusammenarbeit von Bistumsakteuren mit staatlichen Strafverfolgungsbehörden, zu Entsendungen von Priestern ins Ausland und zu Heimen und Internaten im Bistum. Als nächstes wollen die Forscher in den Blick nehmen, wie das Bistum seit 2010 die Aufarbeitung angeht und welche konkreten Hilfen es für Betroffene gibt.

[Bilder dazu auf kna-bild.de](#)

Korrespondentenbericht

Bericht benennt Fehler früherer Verantwortlicher im Bistum Trier

Haben Kirche und Strafverfolgungsbehörden kooperiert?

Wirklich überrascht hat der Bericht zur Ära Bischof Stein nicht. Aber viele Fragen schließen sich an. Etwa die, ob Kirche und Staat bei der Vertuschung zusammengearbeitet haben.

Von Anna Fries (KNA)

Trier (KNA) Hunderte Kinder und Jugendliche wurden in den 1960er bis 1980er Jahren von Priestern und Mitarbeitenden des Bistums Trier sexuell missbraucht. Das geht aus einer am Freitag veröffentlichten Studie zur Amtszeit des ehema-

ligen Trierer Bischofs Bernhard Stein (1903-1993) von 1967 bis 1981 hervor. Beschuldigte wurden laut Bericht nachsichtig behandelt, Stillschweigen über Taten bewahrt und Täter versetzt. So wurden Missbrauchstaten verharmlost und ver-

tuscht. Wie es den Betroffenen ging, war demnach weitgehend unerheblich.

Erstellt wurde die Studie von den Historikern Lutz Raphael und Lena Haase von der Universität Trier im Auftrag der Unabhängigen Aufarbeitungskommission im Bistum. Es geht um ein „Hellfeld“ von mindestens 81 Beschuldigten für Steins Amtszeit. Bekannt sind mindestens 305 Betroffene, von denen 200 in Steins Amtszeit missbraucht wurden. Zu 17 der Beschuldigten belegen die Akten, dass die Anschuldigungen den damals Verantwortlichen im Bistum bekannt waren. Die anderen wurden nach 2010 gemeldet.

Die Ergebnisse überraschen im Grundsatz wenig. Bereits 2020 machte der Vorsitzende des Trierer Betroffenenvereins Missbit, Thomas Schnitzler, Vertuschungsvorwürfe gegen Stein öffentlich. Im Sommer brachte er ein Buch mit 65 Fällen heraus.

Demgegenüber erstaunen mögliche strukturelle Dimensionen von Vertuschung: Bestürzt zeigten sich die Autoren der Studie über „Kooperationen aus der Bistumsleitung mit staatlichen Strafverfolgungsbehörden“. Haase erklärte: „Sowohl aus den Reihen der Polizei als auch aus den Reihen der Staatsanwaltschaft gab es über persönliche oder institutionelle Kontakte einen Austausch zu den einzelnen Beschuldigten und zum Umgehen mit den Beschuldigten.“ Die genauen Zusammenhänge gelte es nun zu prüfen.

Die Studie beschreibt dazu den Fall vom Geistlichen B., der sexueller Übergriffe beschuldigt wurde. Das Bistum sanktionierte ihn nicht. In der Studie wird aber eine Aktennotiz des Personalchefs Hermann Josef Leininger zitiert, wonach ein „sehr vertrauenswürdiger Polizeibeamter“ versichert haben soll, dass Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sehr wahrscheinlich mangels Beweisen abgebrochen würden.

Interne Informationen aus laufenden Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden seien an die Kirche weitergeben worden, heißt es im Bericht und weiter: „Besonders auffäl-

lig ist die offensichtlich problemlose Kooperation der katholischen Kirche mit einzelnen Vertretern der staatlichen Strafverfolgungsbehörden.“ Die Aufarbeitungskommission sprach von alarmierenden Hinweisen, die andeuteten, dass weltliche Verantwortungsträger immer wieder die Kirche bei Vertuschung und Leugnung unterstützt hätten.

Den Studien-Autoren zufolge handelt es sich ausdrücklich um eine Zwischenbilanz. Die Ergebnisse dürften vor allem der Auftakt zu weiterer Forschung sein. Neben Fallzahlen und konkreten Vorfällen lenkt der Bericht auch den Blick auf historische Zusammenhänge. Damals hätten Eltern und das nahe Umfeld oft aus „Angst vor Gerede am Wohnort, vor Stigmatisierung und Ansehensverlust“ auf Strafanzeigen verzichtet. Andere hätten ihren Kindern nicht geglaubt oder sogar bewusst den Täter gedeckt.

Demgegenüber hätten Lehrkräfte, die über Missbrauch informiert wurden, in allen fünf bekannten Fällen Anzeige beim Bistum und teilweise bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Laut Studie wandelte sich Ende der 1960er und in den 1970er Jahren das Sprechen über Sexualität. Mehr Offenheit war möglich. Das habe aber nicht dazu geführt, dass Kindern und Jugendlichen mehr geglaubt wurde.

Als nächstes wollen die Wissenschaftler die jüngere Vergangenheit unter die Lupe nehmen. Das könnte mit Blick auf Verantwortlichkeiten heute amtierender Bischöfe spannend werden. Es soll um die Zeit ab den 1980er Jahren bis heute gehen. Steins Nachfolger heißen Hermann Josef Spital (1981-2001), der später zum Kardinal ernannte Reinhard Marx (2002-2008) und seit 2009 Stephan Ackermann. Ein bekannter Fall berührt auch die Zeit vom heutigen Limburger Bischof Georg Bätzing als Trierer Generalvikar (2012-2016). Weiter soll es auch darum gehen, wie das Bistum seit 2010 die Aufarbeitung angeht und welche konkreten Hilfen es für Betroffene gibt.

Internet

[Aufarbeitungskommission Bistum Trier und Stein-Studie](#)

Zur Person

Bischof Bernhard Stein

Trier (KNA) Bernhard Stein (1904-1993) war von 1967 bis 1980 Bischof von Trier. Übergangsweise leitete er die Diözese bis Mai 1981 weiter. Stein steht seit 2020 wegen möglicher Vertuschung von Missbrauch durch Geistliche in der Kritik.

Aus der Studie geht hervor, dass Stein das kircheninterne System stützte und Beschuldigte in der Regel schonte, von kirchenrechtlichen Strafen absah, Täter versetzte und nicht mit der Staatsanwaltschaft kooperierte.

Stein studierte Theologie in Rom, Trier, Münster und Berlin. 1929 wurde er zum Priester geweiht. Von 1940 bis 1944 war er Professor für Bibelwissenschaften am Trierer Priesterseminar. Ab 1944 war er Weihbischof, 1967 wurde er zum Bischof ernannt.

Bevor Betroffene 2020 Vorwürfe öffentlich machten, galt

er auch überregional als Mann des Dialogs. Prägend für Stein war das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965), das Änderungen in Struktur und Liturgie der Kirche anstieß. Im Auftrag der deutschen Bischöfe war er verantwortlich für die deutschsprachige Neufassung der liturgischen Bücher. Als Bischof baute er die Pfarrei-Seelsorge aus, richtete kirchliche Beratungsstellen ein, förderte die Jugendseelsorge und die religiöse Erwachsenenbildung.

Trier verlieh Stein zu Lebzeiten die Ehrenbürgerwürde. Seit 2012 ist ein Platz in der Innenstadt nach ihm benannt. Die 2008 gegründete Bischof-Stein-Stiftung fördert schwerpunktmäßig Erziehung, Bildung und Seelsorge im Bistum. Kritiker fordern, den Platz umzubenennen. Bislang scheiterten entsprechende Anträge im Stadtrat.